

# SAZ

## Sozialistische Arbeiterzeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

### Heut bringt die SAZ:

#### Doch Reichstagsauflösung?

Viel Lärm um eine Flagge

Warmbold gegen Autarkie

Kronprinz und Papen aktiv

Der Japan-China-Konflikt

Verschärfung im Siegerland

Städtebankrott im Westen

Lehren eines „Druckfehlers“

Charkow, die Stadt der Wolkenkratzer

## Die neue Junker-Liebesgabe

### Vollstreckungsschutz-Verordnung erlassen — Verkrachte Junkergüter werden auf Kosten des Reiches erhalten

Berlin, 18. Januar.

Die Vollstreckungsschutzverordnung, die von der Regierung unter dem Diktat des Landbundes und auf direkten Befehl des Reichspräsidenten ausgearbeitet wurde, ist heute erlassen worden. Es ist ein sehr umfangreiches Dokument, das eingeleitet wird mit einem Ueberblick über die bisherigen Maßnahmen auf dem Gebiete des Vollstreckungsschutzes. Durch die Verordnung vom 8. Dezember 1931 mit den Änderungen vom 14. Juni und vom 27. September 1932 wurde für das gesamte Reichsgebiet zweimal eine Vollstreckungseinstellung für je sechs Monate gewährt.

Die neue Verordnung vom 17. Januar sieht jetzt die Möglichkeit einer dritten Einstellung vor. Landwirtschaftlichen Betrieben wird, im wesentlichen mit Rücksicht darauf, daß der Teil der Wirtschaftperiode, in der der Schuldner erst wieder in der Lage ist, größere Erträge zu erzielen, der kommende Herbst ist ein erweiterter Vollstreckungsschutz gewährt: Ausdehnung der Einstellungsdauer (d. Red. Einstellung des Konkursverfahrens) auch auf mehr als sechs Monate, bis längstens 31. Oktober 1933; Unzulässigkeit der erneuten Einstellung erst bei Rückständen in Höhe von 1/2 Jahresraten.

Ferner ist der Mobilarvollstreckungsschutz für landwirtschaftliche Betriebe, der bisher bis zur Ernte 1932 bestanden hatte, jetzt wieder für die Zeit bis zur Ernte 1933 eingeführt. Dieser Vollstreckungsschutz umfaßt das bewegliche Vermögen, das Zubehör und die noch im Besitze des Schuldners befindlichen Erzeugnisse des Grundstückes. Voraussetzung für den Schutz ist, daß dem Schuldner durch die Zwangsvollstreckung Mittel gegeben werden würden, die er zur ordnungsmäßigen Fortführung des Betriebes bis zur Ernte benötigt. Der Schutz kann von der Unterstellung unter eine Aufsicht abhängig gemacht werden. Insbesondere kommt der Schutz dem Pächter zugute.

In einer Sondervorschrift ist jetzt dieser Schutz auf den Wein ausgedehnt, der aus-

schließlich aus Trauben hergestellt ist, die in Betrieben des Schuldners gewonnen sind.

Der Wortlaut dieser verkomplizierten und in entscheidenden Punkten offensichtlich gewollt unklaren Verordnung ist so, als ob damit allen bedrängten Landwirten, also auch allen Kleinbauern geholfen werden soll. In Wirklichkeit hängt die Anwendung der „Möglichkeit“ des Vollstreckungsschutzes von den höheren Regierungsinstanzen ab. Das führt in der Praxis dazu, daß bei der Besetzung dieser Regierungsstellen mit Junkern, nicht die Kleinen, sondern fast nur die Großgrundbesitzer geschützt werden.

Ganz verschwiegen wird in der Verordnung der wichtigste Teil dieser Maßnahmen, nämlich die finanzielle Seite. Durch das erzwungene Einstellen der Zwangsversteigerung überschuldeter Großgüter entsteht dem Reich (Steuerämter, Staatskredite usw.) dem vom Reich subventionierten landwirtschaftlichen Genossenschaften und den privaten Knäulen und Handwerkern ein riesiger Schaden, der von der großen Masse der Steuerzahler aufgebracht werden muß.

Um welche Riesensummen es sich hier handelt, und wie hiervon die Großgrundbesitzer den Löwenanteil schlucken, das zeigt die soeben erfolgte amtliche Aufstellung über diese Seite der „Osthilfe“. Danach haben erhalten:

1,5 Prozent sämtlicher in Frage kommender Betriebe, d. h. die Junkerbetriebe von über 500 Hektar : 32,5 Mill. RM, 4,3 Prozent mit 100 - 500 Hektar : 28 Mill. RM. Die restlichen 94,2 Prozent mit Gütern von unter 100 Hektar, zusammen also nur 69,5 Mill. RM.

Mit anderen Worten: 11 718 Mittel- und Kleinbesitzer (94,2 Prozent) haben nur etwa ebensoviel bekommen, wie die 722 (5,8 Prozent) Großgrundbesitzer.

Die jetzige Verordnung wird die Zahlen und Summen vervielfachen. Jeder kann daraus ersehen, warum hier die Junker einen so verbissenen Kampf führen. Sie erpressen hier neben den Summen aus dem Zollwucher viele Hunderte von Millionen RM.

Und die Arbeiter? Sie schimpfen und — müssen zahlen, weil ihnen immer noch die einheitliche Kampffront fehlt.

## An Gräbern sage die Wahrheit

Von Paul Frölich

Wenn sich die Januartage ähnen, hat die Führung der Sozialdemokratischen Partei das starke Bedürfnis, sich zu reinigen. Sie will das Arbeiterblut abwuschen, das an ihren Händen klebt. Sie hat in diesem Jahre besonderen Anlaß dazu, nachdem aus dem blutgetränkten Boden des Januar die konterrevolutionäre Diktatur aufgeschossen ist. Diesmal handelt sie nach der erprobten Maxime: Holst den Dieb und der „Vorwärts“ prägt sie aus Versetzen in den kategorischen Imperativ um: „Lüge an Gräbern!“ Wir stellen ihm die Lösung gegenüber: Lüge nicht, an Gräbern sage die Wahrheit!

Bei der Beurteilung der Januarkämpfe von 1918 sind zwei Fragen zu beantworten: 1. Auf welcher Seite war in diesen Kämpfen das historische Recht? und 2. Wer hat die Kämpfe hervorgerufen? Die erste Frage lassen wir hier beiseite. Mit dem „Vorwärts“ ist in diesem Punkte keine Auseinandersetzung möglich, und die Geschichte hat bereits deutlich genug gesprochen. Die zweite Frage soll uns beschäftigen, weil die Kenntnis der Tatsachen von höchster Wichtigkeit ist.

#### Wer hat die Januarkämpfe provoziert?

Der „Vorwärts“ lügt:

„Wenn es eine geschichtliche Tatsache gibt, über die die Akten längst geschlossen sind, so ist es die, daß der Spartakusaufstand vom Winter 1918 bis 1919 ein sinnloses, für die Arbeiterklasse höchst schädliches Unternehmen war... Die zweite geschichtliche Tatsache ist, daß die Sozialdemokratie mit allen Mitteln Frieden und Verständigung mit der spartakistischen Minderheit suchte, diese aber den bewaffneten Aufstand gegen die Mehrheit wollte und herbeiführte. Sie entfesselte einen blutigen Kampf zwischen Arbeitern und Arbeitern.“

Der „Spartakusaufstand“ war kein sinnloses, sondern ein höchst sinnvolles Unternehmen — der Konterrevolution, an deren Spitze Ebert, Scheidemann, Landsberg und die Generalität standen. Seine Vorbereitung geht auf jenen 10. November zurück, an dem Ebert und Groener ihr Bündnis schlossen: „Zunächst handelte es sich darum, in Berlin den Arbeiter- und Soldatenräten die Gewalt zu entreißen. Zu diesem Zwecke war ein Unternehmen geplant, zehn Divisionen sollten in Berlin einmarschieren... Wir haben ein Programm ausgearbeitet, das nach dem Einmarsch eine Säuberung Berlins von den Spartakisten vorsah. Das war auch mit Ebert besprochen.“ (Groeners Aussage im Münchener Dolchstoßprozeß 1925.)

Am 2. Dezember rückten die ersten Truppen unter kaiserlichen Fahnen, ausgerüstet mit scharfer Munition in Berlin ein. Am 3. Dezember trat eine Führerkonferenz der Berliner Truppen zusammen, an der Weis teilnahm. Es wurden Kampf vorbereitungen gegen Spartakus besprochen. Am 6. Dezember wurde Ebert von einer Soldatendemonstration zum Präsidenten ausgerufen (der leht halb und halb unter zweideutigen Reden ab), der Vollzugsrat der A- und S-Räte wurde verhaftet, auf die „Rote Fahne“ wurde ein militärischer Ueberfall verübt, in der Chausseestraße ein Blutbad unter Demonstranten angerichtet. Konzentrationspunkt dieser und anderer konterrevolutionärer Unternehmungen war die Stadtkommandantur mit Weis an der Spitze, das Generalkommando des Gardekorps, das Kriegsministerium und das Auswärtige Amt waren beteiligt. Am 7. Dezember wurde Liebknecht verhaftet; später wurde festgestellt, daß es sich um einen Mordversuch handelte. In diesen Tagen wurden die ersten weißen Garden organisiert, so das Landjägerkorps unter dem General Maercker. Am 24. Dezember, dem Weihnachtstag, wurde der zweite Stoß unternommen. Mit raffinierten Mitteln wurde die Volksmarine-division, die zu den Arbeitern stand, provoziert. Unter nichtigen Vorwänden wurden Schloß und Marstall angegriffen. Aber die

## Man rechnet mit Reichstagsauflösung

Berlin, 18. Januar.

Die Bemühungen des früheren Reichskanzlers v. Papen und anderer Vermittler, eine Besprechung zwischen Schleicher und Hitler zustande zu bringen, gelten als gescheitert. Hitler hat erklärt, daß er zwar zu einer solchen Unterredung bereit sei, sich aber nichts davon verspreche. Daraufhin hat man in Regierungskreisen die Zwecklosigkeit einer solchen Unterredung eingesehen und auf eine Einladung Hitlers zu Schleicher verzichtet.

Auch die sonstigen Bemühungen um eine Erweiterung des Kabinetts sind ohne Erfolg geblieben. Alle Versuche, das Zentrum zur Entsendung Stegerwalds in das Kabinett Schleicher zu bestimmen, sind gescheitert.

Angesichts dieser Situation sieht man in den maßgebenden politischen Kreisen kaum noch eine Möglichkeit, den Konflikt zu vermeiden. Man rechnet damit, daß der Ältesten-Ausschuß, der am morgigen Freitag zusammentritt, für die Reichstagsstagung am 24. Januar sein wird. Am 24. Januar würde dann die politische Aussprache beginnen und anschließend die Abstimmung über die Mißtrauensanträge erfolgen. Wenn nicht die Nationalsozialisten noch im letzten Augenblick einen geeigneten Dreh finden, so ist eine große Mehrheit gegen das Kabinett Schleicher zu erwarten.

Es wird aus Regierungskreisen mit besonderem Nachdruck immer wieder betont, daß dann unter allen Umständen die sofortige Auflösung des Reichstages und Ausschreibung von Neuwahlen folgen werden. Man rechnet sogar mit der Möglichkeit, daß die Regierung den Reichstag noch vor der Abstimmung über die Mißtrauensanträge auflöst, um selbst nicht als geschäftsführendes Kabinett, sondern als aktive Regierung den Wahlkampf führen und die weiteren politischen Maßnahmen treffen zu können.

## „Kronprinz“ und Papen höchst aktiv

Berlin, 18. Januar.

CNB. Vom Stahlhelm, Landesverband Groß-Berlin, wurde heute in Wilmersdorf eine Reichsgründungsfeier veranstaltet. Unter Vorantritt des 2. Bundesführers, Oberstleutnant Düsterberg, betreten der ehemalige deutsche Kronprinz und Prinz Eitel Friedrich sowie der Berliner Landesführer, Major a. D. von Stephani, und die beiden Ehrenmitglieder, General der Artillerie Freiherr von Watter und Generalleutnant Ziethen, die Halle.

Bei der Feier hielt der frühere Reichskanzler von Papen eine Rede. Der eiserne Kanzler habe mit dem König von Preußen den Widerstand des Parlaments um die Wehrhafthaltung des Landes brechen müssen. Hindenburg werde die Autorität der Regierung gegenüber der Parteiwirtschaft wiederherstellen, und unter seiner Führung würden wir, wie es der Reichswehrminister am Sonntag verkündet habe, auch die Gleichberechtigung Deutschlands, die allgemeine Wehrpflicht, uns wieder erkämpfen. Die Voraussetzungen aber der Wiedergewinnung unserer äußeren Freiheit sei die Herstellung einer starken politischen Front, die nicht aus einzelnen Ständen und Berufen, sondern aus allen aufbauwilligen Kräften des Volkes zu schmieden sei.

## Streik-Verschärfung im Siegerland

Siegen, 18. Januar.

WTB. Die Lage im Siegerland hat sich verschärft. Fast die gesamten Belegschaften der Schwerindustrie haben sich den Ausgesperrten angeschlossen. Die Arbeitsniederlegung hat jetzt auch auf kleinere Betriebe übergegriffen. Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes sind ergebnislos verlaufen.

## Streik-Ende in Le Havre

Le Havre, 18. Januar.

Die Wiederaufnahme der Arbeit im Hafen ist ohne Zwischenfälle vonstatten gegangen. 2000 Arbeiter wurden wieder eingestellt.

## Parteitag der SAP

am 18. und 19. Februar 1933

Der Parteivorstand hat als endgültigen Termin für den ordentlichen Parteitag Sonnabend und Sonntag, den 18. und 19. Februar, festgelegt. Der Parteitag findet in Berlin statt und beginnt am Sonnabend früh um 9 Uhr.

Die

### Tagesordnung des Parteitages

lautet:

1. Die Lage der Arbeiterklasse und die Aufgaben der SAP.
2. Geschäfts- und Kassenbericht.
3. Neuwahlen.
4. Schutzbund und SAP.
5. Verschiedenes und Anträge.

Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Bezirke erfolgt nach § 12 des Organisationsstatuts. Die Wahlen der Delegierten zum Parteitag müssen nach dem Beschluß des Parteivorstandes überall durch Urwahlen vorgenommen werden. In allen Bezirken muß bei Vornahme der Urwahl Listenwahl erfolgen, wenn fünfzig Parteimitglieder durch Unterschrift Listenwahl verlangen. Die Urwahlen selber sollen möglichst bis zum 5. Februar durchgeführt sein. Die Namen der Delegierten sind unmittelbar nach der Wahl dem Parteivorstand mitzuleiten.

Delegierte, die zum Parteitag Quartier benötigen, wenden sich deswegen an die Quartierkommission im Sekretariat der SAP, Berlin O. 27, Magazinstraße Nr. 12 a.



**Karl Wolff**

Am Sonnabend verschied plötzlich unser Freund und Genosse Karl. Allen ein leuchtendes Beispiel, arbeitete er schon länger als 25 Jahre in der Arbeiterbewegung.

Als Parteifunktionär, SAZ-Kolporteur und aktiver Freidenker war er bei jeder Aktion bereit, unter Einsatz seiner ganzen Kraft, für den Sieg des Proletariats zu kämpfen.

Sein Scheiden aus unserer Kampffront reißt eine gewaltige Lücke in unsere Reihen. Wir aber werden mit aller Kraft versuchen, diese Lücke im Sinne von Karl zu füllen und weiter für die Sache arbeiten, für die er gekämpft hat.

Kampfbereit!  
SAP, Stadteil Ost.

**14 Tage  
brauchten sie dazu**

Ein Arbeitsloser schreibt uns: „Ich bin seit Jahren erwerbslos, habe noch nie vom Arbeitsamt direkt eine Beschäftigung zugewiesen bekommen. Trotzdem bemühte ich mich immer eifrig irgendwo — wenn auch nur für kurze Zeit, unterzukommen. So gelang es mir in den letzten Jahren für insgesamt etwa 26 Wochen Arbeit, mit Unterbrechungen natürlich, zu bekommen. Dann war wieder nichts.“

Ich ging zur Stempelstelle, mußte die üblichen unzähligen Formulare ausfüllen. Als diese Prozedur vorbei, erklärte man mir, ich hätte eine dreiwöchentliche Wartezeit durchzumachen, ehe ich unterstützt würde. Ein harter Schlag, da ich in der letzten Arbeitsstätte nicht mehr als 6 Wochen in Erwerb stand. Wovon leben?

14 Tage vergingen und man erklärte mir offiziell vom Arbeitsamt, daß ich überhaupt keine Unterstützung mehr bekäme, da die dazu notwendigen 26 Wochen Arbeit nicht in ein und demselben Jahre geleistet worden seien. Um dies feststellen zu müssen, hat das Arbeitsamt 14 Tage gebraucht. 14 Tage lang hat man mich hoffen lassen, um mir dann diesen Schlag zu versetzen.

Das ist menschenunwürdig, hier muß Ordnung geschaffen werden und das Arbeitsamt hat die Pflicht, solche Mißstände abzustellen.“

**Sanft entschlafen**

Auf einer am Montag in Breslau stattgefundenen Vorstandssitzung der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) wurde in Anwesenheit des Parteiführers Drewitz einstimmig beschlossen, die Partei im Wahlkreis 7 (Breslau) aufzulösen.

**Belieferung und Abrechnung  
der Brotgutscheine**

Von der Magistratspressestelle wird uns mitgeteilt: Den Schützlingen des Fürsorgeamtes ist für jeden zur Belieferung vorgelegten Brotgutschein ein aus 60—65 Prozent ausgemahlenem Roggenmehl in Breslauer Bäckereien hergestelltes sogenanntes „Tafelbrot“ zu veranlassen. Andere Brotsorten, z. B. sogenanntes Landbrot, kommen für die Belieferung nicht in Betracht. Desgleichen ist die Abgabe von billigerem Brot unter Zugabe von Semmeln unzulässig.

Die belieferten Brotgutscheine sind vom Lieferanten auf der Rückseite durch Stempel oder Namenszug zu entwerfen. Ferner ist auf der Vorderseite in der hierfür vorgesehenen Zeile der Ausgabebetrag einzutragen. Das Fürsorgeamt vergütet für jeden dieser Brotgutscheine je Pfund Brot 0,15 RM abzüglich 6 Prozent Rabatt. Die Scheine sind mit einer Rechnung im Zimmer 57, Schuhbrücke 36, I, zur Begleichung vorzulegen. Der Betrag wird durch die Post überwiesen, deshalb ist die leserliche Bezeichnung von Namen und Wohnung unerlässlich.

Zur Abrechnung der belieferten Gutscheine sind von jetzt an nur noch die im Stadtgebiet Breslau ansässigen Brothändler oder deren Organisationen zugelassen. Von anderen Geschäften vorgelegte Brotgutscheine können zur Abrechnung nicht angenommen werden. Diese Geschäfte müssen die von ihnen veranlassenen Gutscheine mit ihren Brotlieferanten verrechnen, die sich hierzu ausdrücklich bereit erklärt haben.

Jedes Geschäft, das Brotgutscheine nach den vorstehenden Bedingungen beliefert, hat dies durch einen Aushang kenntlich zu machen, der etwa folgenden Wortlaut haben soll:

„Auf städtische Brotgutscheine erhalten Sie hier nur das gute Tafel-Roggenbrot.“

**Achtung!**

**Heute Donnerstag!**

**Maschinen- und Konstruktionsschlosser**  
pünktlich 19,30 Uhr, im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses.

**Former und Berufsgenossen**  
pünktlich 19,30 Uhr, im Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses.

DMV-Mitgliedsbuch mitbringen!

**SA-Soldateska  
mißhandelt Arbeiter**  
Systematische Jagd auf Proleten in Woischwitz

Die braunen Söldlinge des Monopolkapitals, in der Gestalt der Breslauer SA, benutzen hinter Woischwitz das Gelände an der Umgehungsbahn als Exerziergelände.

Am Dienstag dieser Woche gingen die Banditen plötzlich an Jagd auf Arbeiter zu machen, die zufällig des Weges daher kamen. So wurde an der Eisenbahnunterführung ein 17-jähriger Prolet niedergeschlagen und schwer mißhandelt.

Einen mit einem Zentner Kohle die Chaussee daherkommenden Arbeiter schlugen sie ebenfalls mitten auf der Straße nieder.

Andere konnten sich nur durch schnelle Flucht in ihre Wohnungen retten. Sie wurden aber von der SA auch weiter verfolgt.

Bei einer solchen Verfolgung drang einer der

SA-Führer — Böhm heißt er — in die Schmiede ein, wo ein ehemaliger Stahlhelmann gerade arbeitete. Es entstand ein Wortwechsel, der die anderen SA-Leute herbeilockte. Sie stürmten in den Arbeitsraum und schlugen den ehemaligen Stahlhelmann in geradezu viehischer Weise mit Eisenstangen, Stahlruten nieder und bearbeiteten darauf den am Boden liegenden mit Fußtritten.

Wütende Drohungen gegen die Woischwitzer Arbeiterschaft ausstoßend, zogen sie schließlich ab. Die Woischwitzer Arbeiterschaft wird sich schleunigst über alle Parteigrenzen hinweg zu einer gemeinsamen Abwehrfront gegen zukünftige Ueberfälle von Seiten der SA zusammenschließen müssen.

**Reichsbahn-Arbeiter  
erhalten Recht**  
291 erhalten keine Entschädigung

Eine bürgerliche Nachricht meldet: In dem Rechtsstreit, den ca. 500 Eisenbahnarbeiter gegen die Reichsbahn angestrengt hatten, war es weder vor dem Arbeitsgericht noch vor dem Landesarbeitsgericht zu prinzipiellen Entscheidungen gekommen. Das Landesarbeitsgericht hatte lediglich die Entscheidung des Arbeitsgerichts dahin bestätigt, daß in arbeitsrechtlicher Hinsicht ein Unterschied zwischen Stammarbeitern und Zeitarbeitern nicht zu machen sei, daß also beiden das Einspruchsrecht gegen ihre Entlassung zustehe. Die Folge wäre gewesen, daß über 500 Einzelklagen beim Arbeitsgericht hätten anhängig gemacht werden müssen. Jetzt fanden nun Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht statt mit jenen Eisenbahnarbeitern, die gewerkschaftlich organisiert sind und die durch ihren Verband vertreten wurden. In 291 Fällen wurden Vergleiche mit der Reichsbahn geschlossen, wonach den Einzelklägern Entschädigungen von 165 bis 185 RM, in einigen Ausnahmefällen bis 200 RM, zugestanden wurden. Die restlichen etwa 210 Eisenbahnarbeiter müssen ihre Ansprüche in Sonderverhandlungen vor dem Arbeitsgericht geltend

machen. Die Verhandlungen werden noch im Januar stattfinden.“

Diese „Rechtsstreit“ der 500 entlassenen Reichsbahnarbeiter stellt einen einzigen Skandal dar. 291 Proleten werden mit der lächerlichen Summe von 165 bis 185 RM abgespeist. Die übrigen 210 Arbeiter sollen in Sonderverhandlungen ihr Recht suchen. Das Ende vom Liede: sie haben zwar „Recht“ bekommen, bleiben aber nach wie vor entlassen!

Das Ganze: ein typisches Beispiel dafür, daß in den Zeiten der sich vertiefenden Wirtschaftskrise die den Arbeitern zur Verfügung stehenden „Rechtsmittel“ von der herrschenden Klasse so ausgelegt werden, daß auf jeden Fall die Arbeitnehmer benachteiligt sind. Nur der Massenkampf, nur die Massenaktion in geschlossener breiter Front gegen die Reichsbahnleitung hätte hier einen Erfolg gehabt.

Denn was die 500 heute betroffen hat, kann morgen Tausend anderen im Reich geschehen. Die Interessen der noch im Betriebe stehenden decken sich heute mehr denn je mit den Interessen derjenigen, die man entlassen hat.

**Arbeitslosen-  
Versammlung des VdDB**

In der Arbeitslosenversammlung der Buchdrucker gab zunächst Koll. Weis als Vertreter der Arbeitslosenkommission einen Bericht über deren Tätigkeit. Er kritisierte vor allem die Arbeit des neuen Vorstandes, der sich scheinbar dadurch beliebt machen will, daß er Rücklagen macht, natürlich nur auf Kosten der Aermsten, nämlich der Arbeitslosen, denen man die Unterstützung immer mehr drosselt.

Das Hauptreferat hielt der Bezirkssekretär des ADGB und Leiter des „Sozialen Dienstes“, Koll. Medlin, über den „Freiwilligen Arbeitsdienst“. Um es vorweg zu sagen, selten hat sich ein Prominentler des ADGB so eine Niederlage geholt, wie der Koll. Medlin mit seinen unsachlichen und provozierenden Ausführungen bei den Buchdruckern.

**„Weder Lenin oder Stalin  
noch Eckstein“**

Oder, Koll. Medlin, meinen Sie vielleicht, wenn Sie erklären, niemand kann die Dinge heute ändern, auch ein Lenin oder Stalin oder sogar ein Eckstein könnte sie nicht ändern — daß dieses sachlich ist. (Auf die stürmischen Zwischenrufe „aber wir, die Arbeiterklasse“, blieb Medlin begreiflicherweise die Antwort schuldig.) Kollege Medlin erklärte, wir wissen genau, daß der FAD eine große Gefahr bildet und viele Nachteile hat, aber eben deshalb gehen wir hinein. Er versuchte nach allen Regeln der Kunst, den Kollegen den Arbeitsdienst schmackhaft zu machen. Die Arbeitslosen erhalten Bekleidung, Behausung, Taschengeld und gutes Essen. Als ein Kollege, der einige Wochen im ADGB-Arbeitslager Liebau war, über das schlechte Essen klagte, erklärte Medlin kurz, daß das nur die sagen, die auch bereits im Lager immer die Stänker waren.

**Trotz des Referates**

Auffallend war: Während bei den Ausführungen Medlins im Saale außerordentliche Unruhe herrschte, hörte die Versammlung den Diskussionsrednern, unseren Genossen Majchrzak und Koll. I., in größter Ruhe und mit größtem Interesse zu. Gen. Majchrzak

erklärte, wenn ein Augenstehender den Saal beträte, so müßte er feststellen, daß die Versammlung den FAD 100prozentig ablehne. An Hand von Auszügen aus Gewerkschaftszeitungen, insbesondere aus dem „Grundstein“ (zur Ueberraschung Medlins) legte er die Lohndrückerrolle des Arbeitsdienstes klar. Er verlas dann einen Brief eines Gen. vom ADGB-Lager Liegaitz, der natürlich auch nur Schlechtes, aber nichts Gutes berichten konnte. Gen. Majchrzak schloß, wenn die Arbeitsdienstpflicht eingeführt wird, so trägt der ADGB die Verantwortung dafür. Gen. Koll. I. behandelte in klaren, treffenden Sätzen das Reichskuratorium für Jugendberückung, und wies auf die Gefahren hin, die uns durch den Imperialismus drohen. Nach den treffenden Ausführungen unserer Genossen blieb Medlin, wie man so zu sagen pflegt, die Spucke weg. Er erklärte nur noch, daß er sich in einer späteren Versammlung einmal mit uns grundsätzlich über das Thema unterhalten wolle. Im übrigen verzichtete er aufs Schlagwort. Nachstehende Resolution des Genossen Majchrzak wurde einstimmig angenommen:

**Gegen den Arbeitsdienst**

„Die am 17. 1. 33 stattfindende Versammlung der arbeitslosen Buchdrucker nimmt nach einem Referat des ADGB-Betriebssekretärs Medlin über „Freiwilligen Arbeitsdienst“ folgende Resolution an:

Dem Arbeitsdienst in jeder Form, also auch dem Freiwilligen, stehen wir aufs schärfste ablehnend gegenüber, da er eine unerhörte Ausbeutung und Militarisation der Jugend bedeutet. Wir protestieren aufs schärfste dagegen, daß sich die ADGB-Führung in die Front der Befürworter des Arbeitsdienstes eingereiht hat. In der Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse nur durch den konsequenten Kampf der weiteren Verelendung entgegenzutreten kann, verlangen wir Kampf:

- Gegen NotverordnungsPolitik,
- Gegen Abbau von Unterstützung und Löhnen,
- Gegen Kapitalismus und Faschismus,
- Für Schaffung von Klassenkampforganen auf überparteilicher Grundlage.
- Für den sozialistischen Ausweg aus der Krise.“

**Proleten-Vorschau**

Von der Lebnng des Proletens wird uns geschrieben: „Das Kino von heute ist die Märchenstube von anno dazumal. Allzu leicht lassen sich die Menschen in ein Traumland entführen. Heute besonders, da die Arbeitslosigkeit die Freuden für den Menschen verringert. Tausendmal kann das Leben die brutale Traze zeigen, und immer wieder freut sich der Mensch kindlich, wenn im Film, in diesem großen Traumland, das Leben leicht und glücklich ergeht. Besonders werden musikalische Operettenfilme gern gesehen. Jedoch müssen einige Gegenüberstellungen mit dem Leben auch bei diesen leichten Filmen zu finden sein. Mit großem

**An alle Ortsgruppen in Schlesien**

Rundschreiben Nr. 109 muß sofort beantwortet werden  
Die Bezirksleitung.

Beifall wurde überall der Tonfilm „Ein blonder Traum“, ein musikalisches Volksstück, aufgenommen. Am Freitag ist dieses moderne Märchen im Programm des Proleten zu sehen, und wird auch dort die Besucher in ein Traumland entführen. Das weitere Programm weist einige Lachraketen auf, die für die Stimmung des Hauptfilms sorgen werden, Bauernhochzeiten, Matrosenstreiche, Der angenehme Patient usw.“

**Belohnung für schnelle  
Feuermeldungen**

Die Städtische Feuerversicherungsanstalt in Breslau zahlt auch in diesem Jahre wieder Belohnungen für schnelle Feuermeldungen, wenn dadurch größeres Schadenfeuer verhütet worden ist. Ebenso sind Belohnungen für die Ermittlung von Brandstiftern ausgesetzt, wenn es gelingt, die Brandstifter der gerichtlichen Bestrafung zuzuführen. Voraussetzung hierfür ist, daß die durch den Brand beschädigten Gebäude bei der Städtischen Feuerversicherungsanstalt versichert sind. Gesuche um Belohnungen sind unter Angabe des Sachverhalts an die Städtische Feuerversicherungsanstalt in Breslau, Blücherplatz 6/7, zu richten.

**Auf der Chaussee tödlich  
überfahren**

Reichenbach O.-L., 18. Januar

Auf der Staatsstraße in Oberreichenbach wurde eine etwa 60 Jahre alte Frau, die auf der Mitte der Straße ging und die Warnungssignale eines sich nähernden Privatautos nicht beachtet hatte, von diesem angefahren und umgerissen. Hierbei erlitt die Frau eine schwere Gehirnerschütterung; sie wurde in schwer verletztem Zustande in das Kreis Krankenhaus geschafft, wo sie nach wenigen Stunden ihren Verletzungen erlag. Die Personalien der Toten konnten bisher noch nicht festgestellt werden. Das Auto soll angeblich aus Hoyerswerda stammen und fuhr in Richtung nach Görlitz.

Der Wagenführer muß doch gemerkt haben, daß die Frau das Signal überhörte — und ist trotzdem weitergerast.

**Deutscher Arbeiter-  
Mandolinisten-Bund**

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des DAMB findet am Montag, dem 23. Januar, 20 Uhr, im Schiefewerder ein Mandolinistenkonzert statt. Wir bitten alle Parteigenossen, Gewerkschafter und Freunde unserer Bewegung um zahlreiche Unterstützung. Eintritt 15 Pf.

**Deutsche  
Friedensgesellschaft**

Im Monat Januar finden folgende Veranstaltungen statt: Am 20. Januar, abends 20,15 Uhr, im Kaufmannshaus, Schuhbrücke, Generalversammlung mit Referat des Herrn

**§ 218**

Sonderveranstaltung:  
Sexualtonfilm: „Aus dem Tagebuch einer Frauenärztin“.  
Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr im Proleten.

RA. Dr. Hucks: „Die DFG im Jahre 1932“ — Am 21. Januar, abends pünktlich 20 Uhr, in der Aula des Matthiasgymnasiums, Vortrag des Herrn Prof. Paul Oestreich-Berlin über: „Volk, Menschheit, Friedensgesinnung“ mit freier Aussprache. — Die letzte Veranstaltung wird von der DFG, dem Bund entschiedener Schulreformer und der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit gemeinsam veranstaltet. Für den Monat Februar sind Veranstaltungen mit Hein Hebers und Hans Kraschutzky vorgesehen.

**Zum Thema: „Rußland 1933“**

spricht der bekannte Mitarbeiter der „Moskauer Rundschau“, K. Nixdorf, am Freitag, den 20. Januar, 20 Uhr, in den „Wratlawia“-Sälen. Wir weisen auf das in der heutigen Nummer der SAZ erscheinende Inserat hin.



# Genosse Professor

Von LEO LANIA

## Charkow, die Stadt der Wolkenkratzer

Wenn sich der Zug Charkow nähert, sieht man plötzlich die Silhouette New Yorks am Horizont. Wolkenkratzer stehen da, nicht ein einziges Hochhaus, sondern ein Dutzend der schlanken zwölf- und vierzehnstöckigen Giebel aus Glas und Beton drängen gegen den Himmel. Diese acht oder zehn Riesenhäuser sind ein Gebäude: der Palast der achtundsechzig ukrainischen Staatsräte, deren Verwaltungen hier untergebracht sind, Büros für einige tausend Menschen. Es ist der modernste, in Stil und Ausführung gelungenste, Zweckbau des neuen Rußland.

Charkow war vor der Revolution eine hübsliche Provinzstadt ohne Kanalisation, ohne Straßenbahn, bedeutsam allein durch seine Universität, die drittgrößte Rußlands. Besonders ihre medizinische Fakultät war berühmt. Heute ist Charkow mit seinen 750.000 Einwohnern (fast doppelt soviel wie vor fünfzehn Jahren) nicht nur ein administratives Zentrum, Hauptstadt der Sowjetukraine, sondern auch Mittelpunkt eines der wichtigsten Industriegebiete der Union, des Donezbeckens, selbst Sitz gewaltiger Lokomotiv- und Traktorenfabriken.

## Charkow, die russische Universitätsstadt

Seine Bedeutung als Universitätsstadt hat Charkow deshalb noch nicht eingebüßt. Im Gegenteil. Was die Zahl der Lehranstalten, der wissenschaftlichen Institute, vor allem der Kliniken und Laboratorien betrifft, marschiert Charkow an der Spitze. Keiner anderen Stadt Rußlands drückt die Universität, der wissenschaftliche, vor allem der medizinische Betrieb so stark den Stempel auf.

Man hat die Stadt von Grund auf neu gebaut. Und man hat gut gebaut, besser als in Moskau, geschmackvoller. In Material und Ausführung präsentieren sich die neuen Kliniken, Fabriken, Arbeiterhäuser, gleich modern. Man hat mehr Platz gehabt als in Moskau, die Stadt hatte Raum zum Wachsen.

Wo jetzt die imposanten Hochhäuser stehen, waren vor fünf Jahren noch Schutthalden und Mistgruben, der Abfall der Stadt wurde hier entleert. Eines Tages kam Dscherschinski, der Chef der Tscheka, und erklärte, dieses weite Gelände müsse bebaut werden. Die Schüler der Technik wurden für dieses Projekt mobilisiert. Aus Dutzenden von Entwürfen wählte man den eines jungen Architekten und in Zusammenarbeit mit den Hörern und Professoren der Technik wurden die Pläne fertiggestellt. Charkow erhielt hier ein neues, sein eigentliches Zentrum. Der vom Palast der Industrie beherrschte Platz, den auf der anderen Seite ein neues Riesenhotel und das Haus der ukrainischen Partei abschließen, ist größer als der Rote Platz in Moskau und soll diesem den Ruhm als eindruckvollstes Forum für Paraden und Demonstrationen streitig machen.

Die Rivalität Moskau—Charkow erinnert ein wenig an den Gegensatz Berlin—Wien. In der Tat wirkt Charkow südlicher, leichtlebiger als Moskau. Das liegt vor allem an seinen Bewohnern. Der Ukrainer ist offener, lustiger, als der Russe, er hat mehr Sinn für Außerlichkeiten, die Frauen scheinen hier besser gekleidet; aber sieht man näher zu, so entdeckt man, daß diese Eleganz nicht einem höheren Wohlstand zuzuschreiben ist, sondern recht billig, bloß durch eine geschmackvoll gebundene Schleife, durch ein farbiges Bändchen erreicht wird.

## Prinzipien des modernen Städtebaus erfüllt

Viel Grün, gepflegte Anlagen, breite Straßen. Die neuen Siedlungen für die in der Traktoren- und in der Lokomotivfabrik beschäftigten Arbeiter sind durch einen breiten Wiesengürtel von den Werken getrennt und doch mit diesen organisch verbunden. Hier sind die Prinzipien des modernen Städtebaus richtig und mit Erfolg angewendet worden.

Auch die Studenten haben ihre eigenen Heime. Im Umkreis der Universität stehen große neue Häuser, sie sind noch nicht fertig, zum Teil erst Geißt, aber schon bewohnt. Wie überall in Rußland. Die Wohnungsnot kehrt sich nicht daran, ob die Zimmer noch feucht, Fenster und Türen noch nicht eingezogen sind; Hauptsache, man hat ein Dach über dem Kopf.

## Die Genossen Professoren

Die Professoren der Universität sind wahrscheinlich die einzigen Charkower, die nichts von der Wohnungsnot spüren. Sie sind im ungestörten Besitz ihrer alten Wohnungen, und wenn diese auch mittlerweile ziemlich unmodern geworden sind, es ist schon viel, Herr einer eigenen mehrräumigen Wohnung zu sein. Die Professoren, die Leiter der Kliniken und Laboratorien genießen diesen Vorzug. Natürlich nur, soweit sie den Anschluß an das neue System gefunden haben.

Aber dieser Anschluß bedeutet nicht mehr als die Bereitschaft, dem Staat zu dienen und zu arbeiten. Kommunisten sind die alten und älteren Herren deshalb doch nicht geworden, man verlangt es auch nicht von ihnen.

Diese Vernunft hat ihre Schwierigkeiten. Seit einigen Monaten hat sich das Verhältnis aber erheblich, man kann sagen, grundlegend, gebessert. Der neue Kurs geht auf die stärkere Heranziehung der nichtkommunistischen Intelligenz zur Mitarbeit,

die Zeit, da die Zugehörigkeit zur Intelligenz nicht nur ein Unglück, sondern auch ein Vorbrechen war, ist vorüber.

## Die Konsolidierung des Systems

Das hat mehrere Gründe. Einmal spiegelt sich darin die fortschreitende Konsolidierung des Systems; die Entstehung einer neuen, rein proletarischen und bolschewistischen Intelligenz und Professorenschaft scheint ein genügend starkes Gegengewicht gegen die Gefahr, daß die alten Intellektuellen ihre Führung und Uebermacht zurückgewinnen könnten. Andererseits erfordert das forcierte Tempo des Aufbaus die Ausspannung und Einsetzung aller Kräfte, und die Spezialisten, die Männer mit gediegenem Fachwissen und Kenntnissen sind dabei nicht die unwichtigsten.

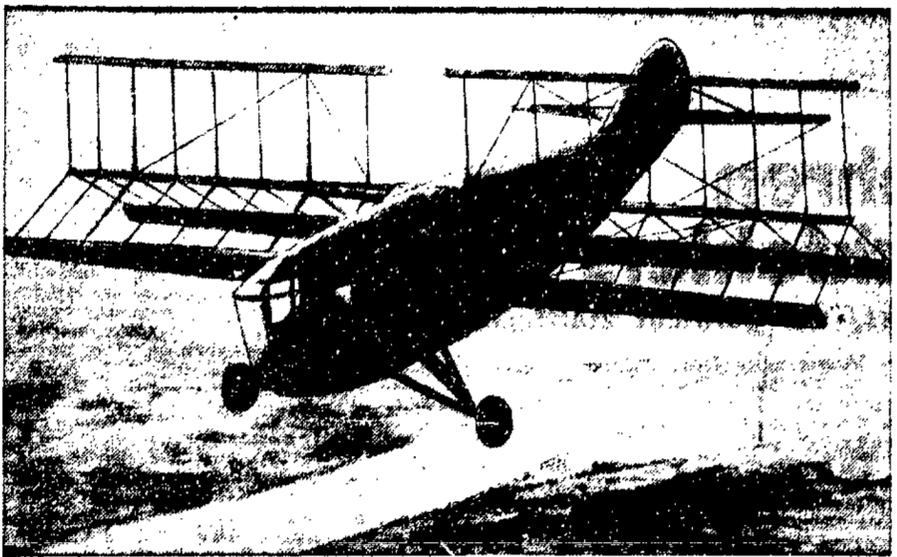
## Das Anwachsen

### der bolschewistischen Kader

Endlich trägt die heranwachsende neue Intelligenz wesentlich dazu bei, das Mißtrauen gegen die Intellektuellen schlechthin zu zerstreuen und Verständnis für ihre besonderen Notwendigkeiten und Bedürfnisse in den breiten Schichten des Proletariats zu schaffen. So werden die neuen Arbeiterprofessoren, die bolschewistischen Ingenieure, Techniker, Aerzte, in gewissem Sinne zu Mittlern zwischen den alten „Spezen“, ihren Lehrern, und den breiten Massen. Die lernen so auch den nichtkommunistischen Professor, Schriftsteller, Forscher, unvoreingenommen betrachten, seine Leistungen gerechter würdigen. Und diese moralische Rehabilitation hat gerade die Besten der alten Intelligenz schneller und gründlicher mit dem System ausgesöhnt, als es materielle Vorteile vermocht hätten.

## „Man kann wieder arbeiten“

„Man kann wieder arbeiten!“ Der alte Professor, eine Kapazität seines Faches,



## In Berlin wird das erste Schaufel-Flugzeug der Welt gebaut

Eine Skizze des neuartigen Flugzeugs, das nur durch rotierende Flügel angetrieben wird und vollkommen senkrecht starten und landen kann. Der Apparat, der jetzt seiner Vollendung entgegengeht, wird nach den Plänen des bekannten Konstrukteurs und Unternehmers Rohrbach in dessen Berliner Werken erbaut.

dessen Name noch unter dem Zaren weit über die Grenzen seines Landes hinaus bekannt war, hat viel zu kritisieren. Und er tut das offen und rückhaltlos. Da sind vor allem die materiellen Schwierigkeiten. Die wichtigsten neuen Werke des Auslandes, die deutsche, englische, amerikanische Fachliteratur betreffend zu beziehen, ist fast eine Unmöglichkeit. Wie oft muß man wegen eines Buches bis nach Moskau fahren, bei Dutzenden Behörden petitionieren, das kostet Zeit, Energie, Nerven. Auch an anderen Lehrmitteln fehlt es überall. Die Regierung hat den besten Willen, zu helfen, aber es mangelt an Geld, es gibt Valutenschwierigkeiten, und der Bedarf ist enorm.

„Materielle Not? Man verdient hinreichend. Essen, Wohnung, Kleidung, das ist es nicht.“ Man hat sogar Urlaub ins Ausland erhalten, wurde zu internationalen Kongressen delegiert, die Regierung hat das Geld zur Verfügung gestellt, man weiß diese Großzügigkeit zu schätzen.

„Die Bevormundung der Behörden, die Zensur der Partei?“

„Oh, da gibt es schon mehr zu klagen. Der Bürokratismus.“

„Sie würden lieber im Ausland arbeiten?“

„Im Ausland unter keinen Umständen.“

„Aber Sie sagen doch selbst, die Schwierigkeiten, die Hemmnisse, der Mangel an Büchern...“

„Ja, ja, und doch, hier wird gearbeitet.“

und in Europa? In Amerika? Wo gibt es noch ein Land mit dieser Jugend, dieser Lerngier, dieser Lernbesessenheit von Millionen? Wo noch hat der Professor, der Forscher diese enge Verbundenheit mit seinen Schülern, ja mit dem ganzen Volk? Man veröffentlicht ein wissenschaftliches Werk; wenn so ein Buch in Europa oder Amerika in einigen hundert Exemplaren verkauft wird, ist es schon ein Erfolg. Hier? Fünfzigtausend ist die erste Auflage, und wenn das Werk es nicht auf hunderttausend bringt, ist es eine Nieme. Und dann: der ganze Lehrbetrieb. Da steigt bei ihnen so ein Professor auf Katheder, hält seine Vorlesungen, Prüfungen, erledigt. Was weiß er von seinen Hörern? Bei uns? Sechs Stunden täglich praktische Arbeit, schöpferische Diskussion mit den Studenten. Man bildet eine Gemeinschaft. Oh, es war nicht leicht, anfangs, diese Belastung, man hat keine Zeit für sich, für seine innere Sammlung. Aber dann zeigte es sich, daß man als Lehrer nicht weniger bei dieser Zusammenarbeit gewinnt als die Schüler. Wieviel Anregung, wieviel Befruchtung, innere Befriedigung. Man ist nicht allein, man ist nicht isoliert. Man bleibt jung, man erstarrt nicht, man lernt. Man lernt immer weiter, mit der Jugend, von der Jugend. Man steht im Leben und man sieht, wie es wächst, wie es neu geformt wird. Und man hat tätigen Anteil daran.“

## Grippe auch in Deutschland

Braunschweig, 18. Januar.

Die Grippe hat in der Stadt Braunschweig in den letzten Tagen eine so starke Ausdehnung genommen, daß auf Anordnung des braunschweigischen Volksbildungsministers sämtliche Volks- und Mittelschulen in der Stadt Braunschweig am Donnerstag auf etwa acht Tage geschlossen werden.

Am Mittwoch war in einigen Schulen nur ein Drittel der Schüler zum Unterricht erschienen. Auch ein großer Teil der Lehrer war erkrankt, so daß am Mittwoch bereits der Unterricht in zehn Schulen ausfallen mußte. Wie von amtärztlicher Seite versichert wird, besteht zu einer Beunruhigung kein Anlaß, da die Erkrankungen meistens einen gutartigen Verlauf nehmen.



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

„Tschuschkina, was ist da zu tun? Das ist doch eine Schande! Wir sind durchgefallen.“

„Nur nichts, tut nichts, Liebste... Sollen sie nur ruhig liegen bleiben, hab Geduld. Sie werden schon aufstehen. Laß sie nur zur Puste kommen. Wir bewirten sie mit einem Mittagessen.“

Auch die Schischkowa mischte sich, zu meinem Erstaunen, unter die Weiber und setzte sich zu ihnen. Sie beugte sich zu irgendeiner alten Frau und begann mit ihr eifrig zu flüstern.

Ich schaute mich um und sah, wie Glascha voller Wut auf den Traktor einhieb. Die Traktoren schnarchten unruhig, ungeduldig und in der Luft ratterte es wie Trommelgewirbel.

Die Traktoren rissen sich zur Arbeit. Mein Herz begann vor Freude zu klopfen. Ich lief zu Glascha und machte den Traktoristen ein Zeichen. Sie begriffen alle, was los war, sprangen auf ihre Sitze und packten die Steueräder.

„Glascha, fahr ein wenig seitwärts, in spitzen Winkel. Diese Schweinerei ist doch nicht länger zu dulden.“

„Nein! Hol's der Teufel! Ich fuhr geradeaus... Glaubst du's auch? Welche dumme Gans legt sich denn unter die Räder? Du wirst's schon sehen.“

Sie drückte den Hebel. Der Traktor machte einen Ruck und bewegte sich vorwärts, am ersten Traktor vorbei. Auch die anderen Traktoren folgten, die krallenartigen Reifen der

Räder versenkten sich tief in die graue, von Regen und Wind gepeitschte Erde, in die jungen Büschel des neu hervorgesprossenen Grases. Ich sah flüchtig, wie sich ein bärtiger Bauer vom Horizont löste, wo, den Kopf geneigt, ein Pferd, vor einen Holzpfahl gespannt, leise schlief, er lief über das Feld zu uns. Seine schwarze, flache Silhouette hob sich deutlich, wie von Papier ausgeschnitten, vom silbernen Himmel ab.

Die Weiber gerieten plötzlich, wie flatternde Hennen in Bewegung und stürzten kreischend, hysterisch schreiend dem Traktor entgegen. Glascha sah trotzig und voller Wut auf den Weiberwirbel und arbeitete am Hebel. Stoßweise ging ihr Traktor vorwärts. Unaufhaltbar und drohend bewegte sich die Maschine. Ich lief hinter Glaschas Traktor einher. Die Masse schrie und prallte entsetzt zurück.

„Sie zermalmen sie, sie zermalmen sie! Halt!... Haut in die Frauenzimmer rein, Brüder... Was soll das Spiel?“

„Schlagt die Kommunare nieder, Burschen!“

„Legt euch nieder, Weiber! Mädell! Wir lassen sie nicht weiter! Uns gehört die Erde!“

In meiner Brust schrie und klopfte das Herz. Glascha fuhr trotzig und hartnäckig vorwärts. Die Frauen warfen sich auf die Erde, sprangen aber panikartig vor den brüllenden Ungeheuern auf und rasten blaß, blind, zur Seite. Glascha grinste frech. Der zurückgebliebene Traktor brüllte ebenfalls auf und bewegte sich in die Masse hinein, die voller Schrecken zurückwich. Plötzlich stürzten sich die Weiber wieder vor die Traktoren und heulten, wie in einem hysterischen Anfall, ohrenbetäubend auf. Sie stießen die Alte vor sich her. Ihr großer Kopf wackelte und ihr Gesicht war bläulich wie bei einer Todgeweihten.

„Da ist sie, sie soll für alle leiden, für ihren Frieden sie hat schon gebeichtet und das heilige Abendmahl genommen. Gott der Allmächtige läßt den Teufel nicht zu. Sie ist rein.“

Mein Herz verkrampfte sich. Bremst Glascha nicht den Traktor, so wird die Alte zermalmt.

instinktiv packte ich Glaschas Hand, doch sie blickte mich mit solcher Kraft, mit solchem Haß an, daß ich zurückwich. Die Weiber warfen die Alte auf die Erde, sie legte sich breit hin, die Beine und Arme weit von sich streckend. Ihr riesiger Turban löste sich und graue fette Haarsträhnen zottelten um ihren Kopf. Die Masse brüllte, kreischte entsetzt auf. Und als der Zwischenraum zwischen dem Traktor und der Alten nicht mehr als zwei, drei Meter betrug, ertönte ein durchdringendes Kreischen und das hysterische Auflachen einer Frau.

Einer der Bauern brüllte heiser: „Schleppt sie an den Beinen fort, dieses verdammte Luder, wie sie sich auf ihre alten Jahre da hingelegt hat!“

In der Luft heulte und kreischte eine Peitsche auf. Ein schriller wollüstiger Schrei: „Das hassst! Das hassst!“

Der Bauer, der unlängst auf der Erde liegend und rauchend von dem Selbstgericht der Frauen erzählt hatte, hieb nach rechts und links mit einer Peitsche auf die Frauen los.

Plötzlich stürzte Matrjoscha zur Alten, packte sie am Arm und schleppte sie zur Seite. Ihre harte, zornige Stimme überraschte mich:

„Schämst du dich nicht, Alte? Du bist mir keine Mutter mehr... keine Mutter!... Du Schlange!“

Doch die Alte sprang ganz unerwartet auf alle Vieren und kroch rasch, mit vor Angst verzerrtem Gesicht vom Traktor weg.

Ein donnerndes Gelächter ertönte. Auch die Traktoren heulten auf und rasten vorwärts.

Matrjoscha aber schrie voller Wut, in Tränen erstickend:

„Sie ist mir keine Mutter... keine Mutter! Ich halte sie nicht länger mit ihr aus. Zu Tode hat sie mich gequält.“

Jemand griff sie auf, sie schlug um sich und weinte laut.

Ein appetitlicher Duft von Rübensuppe und gebratenem Fleisch verbreitete sich plötzlich.

Die Tschuschkina rief mit ungeduldigem Stimme:

„Weiber, Bauern! Wir bitten euch, mit uns Mittag zu essen. Seid unsere lieben Gäste!“

Die Feldküchen nebenan atmeten Hitze aus, das Geschirr klirrte, der Duft des frischen Brotes lockte.

Einige Bauern drängten sich um Wjetrow, schubsten ihn überzeugt vor die Brust und zeigten in die Ferne, auf die Felder.

„Das mußt du rasch machen, Sasmjonowitsch, warum so lange hinziehen? Die Zeit bleibt nicht stehen.“

„Ja, wieso denn, Bürger, ich verstehe nicht.“

„Was ist da zu verstehen, Sasmjonowitsch? Zerschneid mit dem Traktor alle Grenzen, zerschneid sie mit einem Krach, daß einem das Herz vor Freude hüppt.“

„Was seid ihr aber für komische Käuze, Kinder! Ihr habt doch lauter Einzelwirtschaften. Wie soll es da ohne Grenzen gehen? Der Traktor kann sich nicht nach Grenzen richten. Ja, nun?“

„Ach du Großköpfiger! Worüber reden wir denn? Die Grenzen sollst du eben zerschneiden, die Grenzen.“

„Nun, und dann?“

„Dann? Dann werden wir schon sehen. Dann wird es sich zeigen, wir werden miteinander teilen, das ist nicht so eine große Wissenschaft.“

„Gut, Bürger, das ist aber doch den Beginn einer Kollektivwirtschaft.“

„Ach, was du da zusammenfaselst, Onkelchen! Wir reden von den Maschinen, und du kommst mit der Kollektivwirtschaft.“

Wjetrow sprang auf eine Feldküche, zog die Mütze vom Kopf und winkte mit ihr fröhlich in der Luft.

„Genossen! Wollen wir mal gemütlich miteinander reden.“

Die Alte lief behäuptig und stolpernd vom Feld fort. Jemand pfiff ihr schrill nach. Sie fiel wiederholt, kroch eine Weile auf allen Vieren, erhob sich dann wieder und lief weiter. Die Frauen sprachen laut miteinander und zerstreuten sich dann nach allen Richtungen.

(Fortsetzung folgt.)

# Der Städtebankrott im Westen

## In Duisburg-Hamborn 41,4% der Bevölkerung arbeitslos

(Eigener Bericht der „SAZ“)

Duisburg, im Januar. Die Städte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet stehen hart am Abgrund des finanziellen Bankrotts. Nach einem Bericht des Beigeordneten H. Cremer hat die Stadt Duisburg-Hamborn den zweifelhafte Ruhm, dabei an erster Stelle zu stehen. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen ist ins Gigantische gewachsen. Soweit sie statistisch erfasst worden sind, erreichten sie am 31. Dezember 1932 bei einer Gesamtbevölkerung von 140.884 die Höhe von 182.521, d. h., daß auf

1000 Einwohner 414 Unterstützungsempfänger

entfallen, in Prozenten ausgedrückt bedeutet das nicht weniger als 41,4 Prozent! Infolge

Unsere morgige Nummer der SAZ (Wochenendnummer)

wird unter dem Thema stehen: „Bauer in Not“

organisiert deshalb in allen Ortsgruppen unverzüglich einen gesteigerten Einzelverkauf bei der Landbevölkerung!

der Papenschen Notverordnung, die durch die Verkürzung der Arbeitslosenunterstützung einen glatten Betrag an den Beitragszahlern zur Arbeitslosenunterstützung beging, weiter durch die jahrelange Arbeitslosigkeit wird der weitaus größte Teil mit den Hungerpennungen der städtischen Fürsorge abgefunden; so sind es von den 182.521 Unterstützungsempfängern nur noch 36.675, die vom Arbeitsamt ihre Unterstützung erhalten.

Ob die Stadt überhaupt noch lange in der Lage sein wird, Fürsorgeunterstützung zu zahlen, ist mehr als fraglich, da sie schon

heute nicht mehr instande ist, da sie schon Einnahmen die Gelder aufzubringen. Ständige Kürzungen der Unterstützungen und sonstigen Zuwendungen sind an der Tagesordnung. Wie sich diese Kürzungen bereits ausgewirkt haben, geht am besten aus den Angaben des Beigeordneten Cremer hervor, der selbst zugeben muß, daß

„das Maß der Fürsorge sowohl bei den Bauern wie bei den Leistungen bis an die Grenze des kaum noch Erträglichen herabgesetzt werden mußte.“

Durch den nach der Verordnung vom 3. November 1932 neu eingeführten Verteilungsschlüssel für die Wohlfahrtshilfe ist den großstädtischen Arbeitslosen eine neue Belastungsprobe auferlegt worden, wodurch besonders die kinderreichen Familien am schwersten betroffen werden. Im Verhältnis zu anderen Städten steht Duisburg-Hamborn bedeutend schlechter, so daß es praktisch eine „Bestrafung des Kinderreichtums“ bedeutet, in einer Stadt mit großer Kinderzahl, wie Duisburg-Hamborn, zu wohnen. Beispielsweise hierfür ist eine Statistik, wonach in Duisburg-Hamborn pro unterstützte Partei 2,4 Köpfe entfallen, in Düsseldorf dagegen nur 1,8 Köpfe.

Wenn der Beigeordnete weiter ausführt, daß der „jetzige Zustand unhaltbar geworden ist“, so kann man dem nur beipflichten. Er wendet sich mit einem SOS-Ruf an die Reichsregierung, hervorhebend,

daß die Stadt heute nicht mehr in der Lage ist, die Rechnungen an die Krankenhäuser, Bürger und Lieferanten zu bezahlen!

Der Herr Finanzdezernent, dem natürlich die Stadtkasse in erster Linie am Herzen liegt, fordert zu einer durchgreifenden Reform auf. Ueber die Art der Reform schweigt er sich aus, um so unzweifelhafter wird sie für die Arbeitslosen selbst sein, die, wenn sie sich nicht auf ihre eigene Kraft besinnen, auch von reformtätigen Dezenten und Ministern keine Besserung ihrer Lage erwarten können.

# Parteiorganisationen zur Parteidebatte

Der Bezirksparteitag Weser-Ems der SAP, der in Bremen tagte, nahm nach Referaten der Genossen Zewilling und Siemen und nach eingehender Diskussion mit Mehrheit eine Entschließung an, in der nach eingehender Darlegung der politischen Situation folgendes über die Aufgaben der SAP gesagt wird:

„Die Existenz der SAP ist im Interesse der Sache notwendiger als je zuvor. Ihre Aufgabe ist es, in engerer Fühlung mit allen Regungen innerhalb der proletarischen Klasse durch eine zielklare, entschlossene, von Schwankungen freie Politik, die im gesamten Proletariat sich häufende Erbitterung in politische Massenaktionen umzusetzen, die die Kampfkraft des Proletariats steigern und es schließlich zum revolutionären Endkampf reif machen.“

Diese Aufgabe kann die SAP nur erfüllen, wenn sie sich der führenden Rolle, die der Partei in den Massenkämpfen zukommt, bewußt ist; wenn ihre gesamte Organisation und Politik von diesem Bewußtsein durchdrungen ist. Die wichtigste Voraussetzung ist die Einheitlichkeit der Partei in Grundsatz und Aktion. Der Bezirksparteitag fordert daher, daß bei voller Wahrung der Parteidemokratie die Parteileitung alle Kraft einsetzt, um die Partei fest und einheitlich auf den Boden unserer in der Prinzipienklärung niedergelegten kommunistischen Grundsätze zusammen zu reißen und ihr damit erfolgreiches politisches Wirken in den Massen des Proletariats zu ermöglichen.

Der Bezirksparteitag erwartet, daß die gegenwärtige Parteidebatte in diesem Sinne ihren Abschluß auf dem Parteitag findet. Er verurteilt aufs Schärfste jeden Gedanken an Spaltung oder Abspaltung von der Partei. Es gilt, die SAP innerlich einheitlich und fest und damit nach außen so stark und wirksam wie möglich zu machen, um der proletarischen Klasse die zielbewußte revolutionäre Führung zu geben, die sie heute noch nicht hat und ohne die sie nicht siegen kann.“

Der Bezirksparteitag forderte weiter die Einrichtung eines zentralen Organisations-Sekretariats, die Herausgabe eines monatlichen Diskussions-Organs, sowie Maßnahmen des Parteitag, „damit alle Organe der Partei einheitlich im Sinne unserer Grundsätze und Parteitagbeschlüsse geleitet werden.“

Der Bezirksparteitag der SAP Baden, der in Mannheim stattfand, nahm nach einem Referat des Gen. Sternberg einstimmig folgende Entschließung an:

„Der Parteitag billigt die politische Haltung der Parteivorstands-Minderheit. Er vertritt mit ihr die Auffassung, daß Funktionäre der SAP nur die Genossen werden können, die grundsätzlich auf dem Boden der Prinzipienklärung stehen. Er beauftragt seinen Delegierten, auf dem Reichsparteitag in diesem Sinne zu wirken.“

Der Bezirksparteitag der SAP Bezirk Westfalen-Nord, der in Buer stattfand, nahm nach Referaten der Genossen Zewilling und Zöllig mit 213 gegen 104 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen eine Entschließung für die Parteivorstands-Minderheit an.

Der Bezirksparteitag der SAP Westfalen-Süd, der in Dortmund tagte, nahm nach Referaten der Genossen Rosenfeld und Walcher folgende Entschließung an:

„1. In dem, die Gründung der SAP einleitenden Referat des Genossen Seydewitz wurden als Grundsätze für die junge Partei niedergelegt: Konzentration und Aktivierung der durch den Apparatterrorismus der SPD und KPD lahmgelegten revolutionär-sozialistischen Kräfte auf den Boden eines, auf innerparteilicher Demokratie basierenden Zentralismus. Scharfe ideologische Abgrenzung gegen Reformismus und Pseudokommunismus durch klares Bekenntnis zum revolutionären, internationalen marxistischen Sozialismus, d. h. Kommunismus.“

Organisatorische Sicherung gegen Verapparatisierung durch Ausschaltung des „Apparats“ bei der Kursbestimmung der

Partei. (Wahlen, Abstimmungen, Delegationen.)

Die Grundsätze bildeten die Verankerung für das Fundament der Partei, die Prinzipien und das Organisationsstatut.

Unvereinbar mit diesen Grundsätzen sind Tendenzen und importierte Organisationsprinzipien, die die Konzentration der revolutionär-sozialistischen Kräfte verhindern und darüber hinaus weitvolle, für den Aufbau der sozialistischen Einheit unentbehrliche Faktoren abstoßen.

Den Kristallisationspunkt zur proletarischen Einheitsfront und damit zur revolutionären Aktion kann nur eine politische Gruppe bilden, die auf dem Boden marxistisch-sozialistischer Organisationsgemeinschaft, d. h. größte Geschlossenheit in Prinzipien und Aktion, bei Vermeidung dogmatischer Erstarrung, alle revolutionär-sozialistischen Kräfte zusammenfaßt.

Die Gruppe zu sein, bzw. zu werden, war der Sinn der Parteigründung und ist die höchste Aufgabe der SAP.

Der Bezirk Westfalen-Süd, der sich stets zu diesen Grundsätzen bekannt hat, stellt sich daher auch jetzt hinter die Verteidiger dieser Grundsätze im P. V., die Genossen Seydewitz, Rosenfeld usw. und wird auch in Zukunft geschlossen immer auf der Seite derjenigen stehen, die diesen Grundsätzen treu bleiben.

2. Der Bezirksparteitag der SAP fordert im Interesse der Konzentration aller revolutionär-sozialistischen Kräfte das schärfste Verbot jeder Fraktionstätigkeit innerhalb der Partei.

Die Ortsgruppe Oldenburg der SAP faßte eine längere Entschließung, in der die Auseinandersetzungen in der Partei bedauert werden. Der entscheidende Satz dieser Entschließung lautet:

„Die Prinzipienklärung ist selbstverständlich der vorläufige einzig mögliche Boden für die weitere ideologische Entwicklung der Partei!“

Mitgliederversammlungen der SAP-Ortsgruppen Düsseldorf und Gladbach-Rheydt sprachen sich nach Referaten des Gen. Zöllig für die Parteivorstands-Mehrheit aus.

Die Zeitzer Ortsgruppe der SAP nahm in ihrer Generalversammlung ein Referat des Gen. Agricola entgegen, in welchem sich dieser für eine klare Linie der Partei im Sinne der Prinzipienklärung aussprach. Gegen eine Stimme wurde der Gen. Agricola als Parteitagdelegierter der Bezirkskonferenz in Vorschlag gebracht.

Eine Mitgliederversammlung der SAP Offenbach erklärte sich mit dem Beschluß

## Bezirk Chemnitz—Erzgebirge

Sonntag, den 22. Januar, findet im Heim des SJV, Zschopauer Straße 47, unsere diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz statt.

Tagesordnung: 1. Die politische Lage und die Aufgaben der SAP. Ref. Gen. K. Rosenfeld, Berlin. Korreferent Gen. J. Walcher, Berlin. 2. Berichte und Anträge. 3. Neuwahlen: a) der Bezirksleitung, b) der Revisoren. 4. Allgemeine Bezirksangelegenheiten.

Die Tagung beginnt pünktlich 9 Uhr vormittags. Die Parteigenossen sind als Gäste eingeladen. Die Bezirksleitung. I. A.: Willi Bennewitz.

der Bezirkskonferenz Frankfurt a. M. einverstanden. Dieser Beschluß hatte sich für die Parteivorstands-Minderheit ausgesprochen.

Die Bezirksleitung des SJV Bezirk Wasserkante nahm eine Entschließung an, in der es heißt: „In der Analyse des Reichstagswahlergebnisses, in der Abwehr der Angriffe gegen die Genossen der ehemaligen KPO-Minderheit und in der Beurteilung der kommenden Aufgaben stellt sich die Bezirksleitung Wasserkante des SJV voll und ganz hinter die Reichsleitung des SJV.“

## Faule Vereinbarung

CNB. Vor dem Haupttarifamt für die chemische Industrie in Berlin ist in dem Streik wegen der Akkordlöhne der Radium Gummiwerk G. m. b. H. in Köln-Dellbrück, der zum Streik geführt hatte, eine Regelung zustande gekommen, bei der neue Wege auf dem Gebiete der Akkordfestsetzung beschritten worden sind. Wegen der technischen Unmöglichkeit, die einzelnen Akkordsätze festzulegen, sind die einzelnen Tätigkeiten abteilungsweise zu Berufsgruppen zusammengefaßt und für diese der Tagelohn und die Ueberschüsse festgesetzt worden, die im Durchschnitt in den einzelnen Gruppen sollen erreicht werden können. Die Regelung ist, wie die Firma mitteilt, die sich bereits mit dieser Umrechnung befaßt, endgültig und für beide Parteien bindend.

## Versammlungskalender

SAP, Ortsgruppe Wedding: Freitag, 20. Januar 1933, 7-8 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Bruseberg, Gerichtsstr. 71, Referat Zewilling — Korreferat Siemen. Erscheinen ist Pflicht.

Sozialistischer Jugendverband Wasserkante. Bezirkskonferenz am Sonntag, den 22. Jan. 1933, 10 Uhr. Hamburg, Volkshaus Sachsenstr. Tagesordnung: 1. Referat Edith Baumann: „Die Aufgaben der proletarischen Jugend in der Gegenwart“; 2. Berichte; 3. Anträge; 4. Wahlen; 5. Verschiedenes.

# Die Lehren eines „Druckfehlers“

## Von den Lehren eines Streiks, der garnicht stattfand

Die „Rote Fahne“ und fast die gesamte kommunistische Provinzpresse brachten vor einiger Zeit Meldungen über Erfolge der „rot-en Betriebsräte“ in einzelnen Werksabteilungen des Eisens- und Stahlwerks Hoesch, Dortmund und des Hüttenwerks Phönix, Hörde. Der Inhalt dieser Meldungen bestand darin, daß es auf Initiative der „roten Betriebsräte“ gelungen sei, in einzelnen Abteilungen dieser Werke durch Massendruck und Streiks die Werksleitungen zu zwingen, den bereits durchgeführten Lohnabbau rückgängig zu machen. Der Zufall wollte es nun, daß eine derartige Meldung im Dortmunder KPD-Organ erschien. Der Dortmunder „Kämpfer“ schrieb:

„Dortmund, 29. Dezember. Durch Organisierung eines Abteilungsstreiks gelang es den Arbeitern der Abteilungen Adjustage I und II im Hoesch-Betrieb, trotz Sabotage des reformistischen Betriebsratsvorsitzenden Dolle eine Nachzahlung der vorenthaltenen Löhne und eine Lohnerhöhung zu erkämpfen.“

Kein Wunder, daß diese Meldung bei den Hoescharbeitern großes Aufsehen erregte, ganz besonders bei der Belegschaft der Adjustage I u. II, die bis dahin von einem Streik in ihrer Abteilung nichts bemerkt hatten. Ein Streik hatte überhaupt nicht stattgefunden.

Wir könnten uns nun eigentlich mit der Richtigstellung dieser Falschmeldung zufrieden geben, aber die Sache hat noch eine andere Seite. Zunächst wollen wir zur Charakterisierung dieser verderblichen Ludendorffberichterstattung aus einer Arbeiterratssitzung des Stahlwerks Hoesch vom 2. Januar folgendes Zwiesgespräch wiedergeben. Der Arbeiterratsvorsitzende Dolle wandte sich an den RGO-Arbeiterrat Bestmann mit folgenden Worten:

„Kollege Bestmann. Ich muß schon Wert darauf legen, daß, wenn in deiner Abteilung wegen Differenzen gestreikt wird, ich davon Mitteilung bekomme und vorher informiert werde.“

RGO-Arbeiterrat Bestmann: „Gestreikt? Nanu! Wo denn?“

Vorsitzender Dolle: „In deiner Abteilung.“

RGO-Arbeiterrat Bestmann: „Davon weiß ich ja garnichts, wer hat dir das denn mitgeteilt?“

Vorsitzender Dolle liest die Mitteilungen aus dem „Kämpfer“ vor.

RGO-Arbeiterrat Bestmann: „Das ist doch allerhand, wer mag bloß diesen Quatsch berichtet haben?, das ist ja nur ein ... Druckfehler!“ (!)

Ohne Zweifel ist das ein ganz besonderer Druckfehler. Hier trägt weder der Setzer noch der Korrektor die Schuld. Die Schuldfrage über das Zustandekommen der zitierten Falschmeldung soll hier absichtlich ausgeschaltet werden. Der Vollständigkeit halber sei jedoch noch festgestellt, daß auch die

Streikbewegung im Hörder Phönixwerk ebenso wie im Stahlwerk Hoesch das Phantasieprodukt eines RGO-Strategen ist. Auch im Phönixwerk fand kein Streik statt.

Wie bereits gesagt, interessiert uns nicht der humoristische Teil dieser Angelegenheit, sondern die andere Seite, und hier wird die ganze Sache für die revolutionäre Arbeiterbewegung wirklich tragisch. Die „Rote Fahne“ hat die sogenannten Streikbewegungen von Hoesch und Phönix als einen Beweis für die Richtigkeit ihrer RGO-Taktik benutzt und in einem spaltenlangen Artikel die „Lehren“ gezogen. Auf dem Bezirksparteitag der KPD-Ruhrgebiet stellte der Bezirksleiter Max Opitz in seinem Referat fest, daß die RGO „auf Hoesch nicht nur im Stande war in einer Reihe von Abteilungen den Lohnraub abzuwehren“, sondern „auch bei Phönix den Lohnraub abgewehrt, auf Jucho, auf GHH, auf Thyssen Bewegungen ausgelöst“ habe. Man beachte das hier auf einem wichtigem Bezirksparteitag, und zwar in einem Parteibeatrick der zahlenmäßig zu den stärksten der KPD gehört, der verantwortliche Bezirksleiter die Lehren sogenannter Streikbewegungen

aus Vorgängen ableitet, die tatsächlich nur in der Phantasie eines RGO-Berichterstatters existieren und mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben.

Selbstverständlich kommt Opitz nach seinen Feststellungen zu dem einzig möglichen Schluß. Er sagte nach dem Bericht des „Ruhr-Echos“:

Die Richtigkeit unserer Generallinie in der Streikstrategie und Taktik und die Richtigkeit unserer Politik gegenüber den freien und christlichen Gewerkschaften wurde in diesen Kämpfen bestätigt. Sie zeigen, daß die RGO nicht die Spalterin, wie das die Reformisten und die christliche Bürokratie behauptet, sondern jener Faktor ist, der die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen Lohnraub und Faschismus organisiert.

Einen Hund könnte es jammern bei soviel Unsinn. Im ganzen Ruhrgebiet ist nirgends über den Rahmen kleiner und unwesentlicher Bewegungen in einzelnen Betriebsabteilungen ein einheitlicher Abwehrstreik gegen den notverordneten Lohnraub zustande gekommen, obwohl die Voraussetzungen gerade hier die denkbar günstigsten waren. Für jeden verantwortlichen Revolutionär wären diese Tatsachen ein Anlaß zu ernsthaften Ueberlegungen. Ganz anders aber denken unsere Patentrevolutionäre darüber. Sie bestätigen sich in 24 Stunden 24 mal die Richtigkeit ihrer Generallinie und damit haben sie „ihrer Sache“ Genüge getan.

Was sich in Wirklichkeit in den genannten

## Zum Breslauer Bauarbeiterstreik

Unsere, auf Grund eines überschwenglichen Berichtes des Maurer-Fachgruppenleiters in der gestrigen „SAZ“ gebrachte Meldung über Beendigung des Bauarbeiterstreiks eilte leider dem wirklichen Stand der Dinge voraus. Richtig ist nur, daß unter dem Druck des Streiks eine Reihe weiterer Bauunternehmer sich bereit erklärten, die alten Löhne weiter zu zahlen. Bei allen Unternehmern, die bewilligt haben, ist der Streik beendet. In den übrigen Betrieben wird weiter gestreikt. Bauarbeiterzug nach Mittelschlesien ist daher nach wie vor fernzuhalten.

Abteilungen der beiden Werke Hoesch und Phönix abspielte, das ist in einfachen Worten berichtet, folgendes: Auf Grund der Aufhebung der Notverordnungen wurde durch Anschlag bekanntgegeben, daß ab Januar der Lohnabbau wegfallen und die alten Löhne weiter gezahlt würden. Leider, so muß hinzugefügt werden, geschah das nicht infolge eines Streiks oder Massendrucks. Die Belegschaften blieben vielmehr vollkommen passiv.